

Protokoll Politikerwoche - Gespräch mit Florian Bernschneider (FDP) – 26.06.2013

Deutscher Bundestag – Jakob-Kaiser-Haus

anwesend: wissenschaftlicher Mitarbeiter Fabian Waetzoldt , Praktikantin, Fotograf,
Eva-Maria Meckel, Hanin Ibrahim, Johannes Mann, Ole Fabricius

- kurze Vorstellungsrunde

- Arbeitsmarktneutralität

Der fünfte Bundessprecher, Crispin Deppe, kann bei der Politikerwoche nicht anwesend sein, da er von seiner Einsatzstelle gebraucht wird. In vielen Einsatzstellen werden die Freiwilligen als vollwertige Arbeitskraft gesehen. Wir sehen die Arbeitsmarktneutralität in den Freiwilligendiensten gefährdet, wenn einige Stellen existenziell auf die Arbeit der Freiwilligen angewiesen sind.

→ Bernschneider betonte, dass es wichtig sei, Arbeitsmarktneutralität zu definieren, da jeder etwas anderes darunter verstehe. Der fehlende fünfte Bundessprecher sei ein gutes Beispiel: Er betreue ein Projekt, das ihm mit Sicherheit viel Spaß bereitet und für das er viel Zeit investiert hat - und kann daher nicht an dem Gespräch teilnehmen. Problematisch werde es, wenn Aufgaben, die eindeutig vom Fachpersonal erledigt werden sollen, auf Freiwillige ausgelagert würden bzw. wenn im normalen Betrieb auf Freiwillige grundsätzlich nicht mehr verzichtet werden könne.

→ Anmerkung von uns, dass beim BFD viele ehemalige Zivildienststellen direkt in einen BFD-Platz umgewandelt wurden, ohne dass die Arbeitsmarktneutralität geprüft wurde.

→ Bernschneider: Die Stellen seien übernommen worden, da sie bei der Zulassung als Zivildienststelle bereits einer solchen Prüfung unterzogen worden seien; neue BFD-Stellen seien jedoch überprüft worden. Außerdem überprüften die Regionalbetreuer des BAFzA auch weiterhin die BFD-Stellen. Bei den Jugendfreiwilligendiensten würden die besten Einsatzstellen von Freiwilligen weiterempfohlen, die schlechten eher nicht; so blieben gute Einsatzstellen im Vordergrund. Es gehöre aber auch zur Pflicht der Freiwilligen, egal ob im BFD oder FSJ/FÖJ, eklatante Missstände ihren Sprechern bzw. dem BAFzA zu melden. Ansonsten könne man Missstände nicht abstellen.

- Doppelrolle BAFzA

Das BAFzA fungiert im BFD für einige Einsatzstellen als Träger. Gleichzeitig soll das BAFzA als staatliches Organ die Arbeit der Einsatzstellen und Träger kontrollieren. Damit wird das Subsidiaritätsprinzip missachtet – und das BAFzA kontrolliert sich selbst. Die Neutralität und Gleichwertigkeit der Träger ist damit nicht gegeben, da einige zivilgesellschaftlich sind und das BAFzA staatlich ist. Freiwillige, dessen Träger das BAFzA ist, müssen sich bei Problemen somit direkt an die staatliche Stelle wenden, die sich dabei selbst kontrollieren soll. Das sehen wir als äußerst problematisch.

Nennung der Möglichkeit einer neutralen Ombudsstelle, die als Ansprechpartner fungieren könnte. Einige Freiwillige aus anderen Diensten melden sich aus Unwissenheit über ihre Ansprechpartner teilweise bei uns FÖJ-Sprechern.

→ Bernschneider: Es gebe schon eine klare Trennung im BAFzA zwischen der Aufsichtsfunktion sowie der Zentralstellenfunktion. Diese Aufgaben seien absichtlich in eigenen, von einander organisatorisch getrennten Arbeitsbereichen (Referaten) organisiert. Auf dieser klaren organisatorische Trennung der Arbeitsbereiche innerhalb des Amtes habe die FDP und Herr Bernschneider persönlich immer bestanden.

→ Wir antworteten, dass wir zwar nicht delegiert sind, FSJler und BFDler zu vertreten, dennoch stehe es uns frei, uns für ihre Rechte einzusetzen. Gerade, da es in diesen Freiwilligendiensten kein Sprechersystem gibt, sehen wir uns in der Pflicht, dies anzusprechen. Wir finden es äußerst notwendig, Sprechersysteme in allen Freiwilligendiensten einzuführen.

→ Bernschneider sagte, der aktuelle Zustand sei in Bezug auf die Sprechervertretungen im BFD nicht haltbar. Es sei zwar verständlich, dass man im BFD ein völlig neues, breit aufgestelltes Wahlverfahren mit Onlinekomponente auf die Beine stellen wolle – aber das dürfe keinesfalls zwei Jahre dauern. Daher erwarte er, dass die Wahlen nun zügig durchgeführt werden und die BFD-Sprecher bald ihre Arbeit aufnehmen können. Auch was die Freiwilligenvertretung im FSJ angeht, sieht Florian Bernschneider Handlungsbedarf. Es gebe ja bereits bei den Trägern gewählte FSJ-Sprecher. Ein landesweites oder bundesweites Sprechersystem sei hier mit Sicherheit begrüßenswert. Dies aufzubauen sei allerdings Aufgabe der Zivilgesellschaft, der Träger und Verbände.

- Kopplungsmodell BFD / JFD (Jugendfreiwilligendienste = FÖJ+FSJ)

Das Kopplungsmodell sah vor, dass auf 3 FSJ-Plätze 2 BFD-Plätze kommen müssen. Die Trägerschaften wollten zum Teil keinen BFD, wurden aber durch das Kopplungsmodell dazu gezwungen, da es sonst nur noch sehr wenige JFD-Plätze geben würde.

→ Bernschneider merkte an, dass das Kopplungsmodell in der Form nicht mehr aktuell sei; gedacht sei es aber gewesen, um den BFD zu etablieren, da die zivilgesellschaftlichen Träger anfänglich Bedenken gegen den neuen Bundesdienst gehabt hätten, und um die Dienste einander anzugleichen: Gleiche Rahmenbedingungen, gleiche Voraussetzungen. Der einzige noch merkbare Unterschied zwischen dem BFD und den JFD sei, dass der BFD für seine Seminare in der Regel die ehemaligen Zivildienstschulen (heute: Bildungszentren) nutze; die JFD könnten davon auch Gebrauch machen. Das letzte Jahr habe gezeigt, dass etliche Träger, vor allem aus dem FSJ, von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben.

- Taschengelder / Pauschalen

Taschengelder sind in den JFD und im BFD unterschiedlich; bei Einsatzstellen, wo mehrere Freiwillige verschiedener Dienste arbeiten, sollen die Taschengelder gleich hoch sein. Es gibt aber Stellen, die diese Vorschrift missachten.

→ Bernschneider stellte klar, dass die Missachtung von gesetzlichen Vorschriften nicht hingegenommen werden sollte und erläuterte uns die Obergrenze für Gelder im BFD, welche bundesweit bei etwa 340 Euro liege und auch für das FSJ und FÖJ gelte (vgl. JFDG, BFDG). Diese Obergrenze sei wichtig, weil damit unterstrichen werde, dass es sich bei einem Freiwilligendienst nicht um eine Arbeit mit Erwerbsabsicht handle, sondern um eine besondere Form des gesellschaftlichen Engagements. Wenn diese Grenze nicht existiere, werde es immer schwieriger, Arbeitsmarktneutralität zu gewährleisten, da die Übergänge zwischen einem Freiwilligendienstplatz (mit einem deutlich höheren Salär) und der Belegschaft, z.B. Teilzeitkräften, immer mehr verschwimmen würden.

→ Wir forderten dabei vor allem die Einführung einer Untergrenze, wenn es auch eine Obergrenze gibt. Es muss allen Jugendlichen, egal welche Voraussetzungen sie (v.a. finanziell) erfüllen, möglich sein, einen Freiwilligendienst zu leisten.

→ Bernschneider erwiderte, dass die Einführung einer Untergrenze im FSJ/FÖJ nicht ohne die Länder möglich sei. Die Länder erkennen in erster Linie FSJ-/FÖJ-Träger an, welche wiederum mit den ihnen angeschlossenen Einsatzstellen die Details/Rahmenbedingungen innerhalb des geltenden

Rechtsrahmens für die Freiwilligendienste vereinbaren. Wenn man sich im BFD und FSJ/FÖJ auf eine einheitliche Untergrenze einigen, die auch regelmäßig an die Kostenentwicklung angepasst werden müsste, dann würde dies wahrscheinlich gerade im FÖJ zu einer deutlichen Reduzierung der Plätze führen. Er erhalte häufig aus FÖJ-Kreisen Schreiben, die auf die besondere finanzielle Situation der eher kleinen Einsatzstellen und Träger in diesem Bereich hinweisen.

Den Ländern sei es aber unbenommen, ihrerseits die Förderung für die JFD, für die sie primär zuständig sind, deutlich zu erhöhen. Der Bund könne dies nicht festlegen, habe aber die Bundesförderung für die JFD innerhalb von zwei Jahren nahezu verdreifacht. Derzeit stelle der Bund für die Freiwilligendienste insgesamt rund 350 Mio. € p.a. bereit, um 35.000 FSJ/FÖJ Plätze und 35.000 BFD-Plätze zu fördern. Dass alle – unabhängig von finanziellen Mitteln – einen solchen Dienst leisten können sollten, stimmt er uns zu.

- Anerkennungskultur

Freiwilligendienste werden im Gegensatz zu dem Zivildienst noch nicht sehr positiv in der Gesellschaft anerkannt. Seit 2012 gibt es einen bundesweit einheitlichen Freiwilligendienstaussweis, der jedoch in der Praxis oft noch nicht anerkannt wird. Freiwilligendienstleistende sind für Ermäßigungen gesetzlich mit Azubis gleichgesetzt. Freiwillig Wehrdienstleistende können teilweise kostenlos mit der Deutschen Bahn fahren, solche Vergünstigungen gibt es in anderen Diensten nicht. Die Befreiung vom Rundfunkgebührenbeitrag, Ermäßigungen bei der Deutschen Bahn, Anerkennung des Ausweises und in der Gesellschaft würden zur Verbesserung der Anerkennungskultur beitragen. Wir haben gefragt, warum es für den BFD bemerkenswert viel Werbung gibt und für die JFD nicht.

→ Bernschneider erklärte, dass es einen bundesweiten Freiwilligendienstaussweis gibt, den alle BFDler erhalten und der auch allen FSJlern und FÖJlern offen stehe. Die Träger seien hier in der Verantwortung, die entspr. Ausweise zu beantragen und dann weiterzuleiten. Teilweise gebe es leider auf Seiten der Träger bedenken, die Daten der Freiwilligen, die zum Ausstellen der Ausweise notwendig sind, dem BAFzA mitzuteilen. Es sei nicht auszuschließen, dass es hier noch Vorbehalte gegenüber dem BAFzA gibt.

Außerdem sei es Aufgabe der (Zivil-)Gesellschaft und der Länder, Ermäßigungen und andere Formen der Anerkennung in den Kommunen zu schaffen. So könne der Bund beispielsweise den Universitäten eine besondere Anerkennung eines Freiwilligendienstes in Form von zusätzlichen Wartesemestern nicht vorschreiben, weil die Länder die Hochschulgesetze erlassen. In einigen Ländern seien die Universitäten sogar sehr stark verselbständigt worden und könnten solche Vorschriften nur selbst erlassen. Er habe schon mit Kinoketten, der Stadtverwaltung in seinem Wahlkreis und der Deutschen Bahn wegen zusätzlichen Vergünstigungen für Freiwillige gesprochen. Allerdings sei für die meisten Gesprächspartner ein einheitlicher Freiwilligenausweis eine Grundvoraussetzung.

Ja, es existiere eine Werbekampagne zum BFD. Die JFD hätten auch die Möglichkeit gehabt, dieser Kampagne beizutreten bzw. diese zu nutzen. Allerdings habe dies leider an vielen Stellen nicht geklappt, was Florian Bernschneider bedauere. Etliche JFD-Träger hätten stattdessen eigene Werbekampagnen auf den Weg gebracht, die aber vor allem verbandsintern und nicht so stark öffentlich gewirkt hätten. Außerdem gab er zu bedenken, dass auch die BFD-Kampagne nun auslaufe und auch nicht verlängert werde, da die Nachfrage nach Freiwilligendienstplätzen insgesamt derzeit sehr hoch sei. Die Dienste jetzt noch stärker zu bewerben, sei daher aktuell nicht zielführend, da man am Ende noch mehr Menschen wieder abweisen müsste. Er betonte, dass er die Struktur der Jugendfreiwilligendienste, die sich in den letzten Jahrzehnten erfolgreich etabliert habe, sehr schätze.

- BFD VS JFD

Bernschneider: Ein Grund für den Aufbau des BFD sei gewesen, dass man auf fachlicher Seite sicherstellen wollte, dass die Zivildienstgelder den Freiwilligendiensten zugute kommen. Problem: Die JFD liegen in der Zuständigkeit der Länder. Der Bund fördere diese über den Haushalt des Bundesfamilienministeriums, jedoch könne man diese Förderung nicht beliebig erhöhen, da dies ab einem gewissen Punkt die Länderhoheit aushöle. Derzeit fördert der Bund die JFD mit knapp 97 Mio. € p.a., die Förderung aller Länder zusammen liege deutlich darunter. Ein direkter Transfer zusätzlicher Gelder für die JFD an die Länder, z.B. über die Umsatzsteuer, sei am Widerstand des Finanzministeriums (BMF) gescheitert, da das BMF zu Recht darauf verwies, dass der Bund den Ländern dann nicht vorschreiben kann, wofür die zusätzlichen Gelder zu verwenden sind. Deshalb sei der BFD als Kompromiss eingeführt worden – Doppelstrukturen, die es vorher mit dem Zivildienst auch gegeben habe, seien zwar manchmal nicht schön, in diesem Fall jedoch unvermeidbar gewesen.

→ Nachfrage von uns, wie es dann zu begründen sei, dass die Opposition eine direkte Auszahlung der Zivildienstgelder für die bestehenden JFD gefordert hat; sie müsse ja sicher eine Argumentationsgrundlage für ihre Forderung gehabt haben.

→ Die Opposition hätte, so Bernschneider, auch keinen besseren Weg gefunden, da ad hoc eine Föderalismusreform nur für die JFD nicht zustande gekommen wäre und die Widerstände gegen einen noch massiveren Mittelaufwuchs für die JFD vom Bundesrechnungshof und vom BMF auch unter einer anderen Regierung die Gleichen gewesen wären. Außerdem werde im Wahlkampf sowieso viel versprochen. Die Rhetorik der Opposition zeige längst, dass niemand mehr ernsthaft daran denke, den BFD kurzfristig wieder abzuschaffen. Die SPD bekenne sich mittlerweile klar zu dem Dienst und auch die Grünen hätten mit Blick auf die kommende Wahl verbal abgerüstet.

- Partizipation / Klausurtagung Freiwilligendienste

Erklärung der aktuellen Situation: Bezüglich der Tagung haben wir noch keinerlei offizielle Antwort auf unseren Appell und unsere Nachfrage zu Ergebnissen der Tagung vonseiten des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) erhalten. Ein geplantes Gespräch während der Politikerwoche mit Dr. Jens Weingärtner aus dem BMFSFJ wurde abgesagt. Wir betonten, dass wir gern mehr Informationen zur freiwilligendienstpolitischen Arbeit erhalten und andersherum unsere Ideen gern mit einbringen würden. Desweiteren haben wir noch erläutert, dass die zukünftigen Bundessprecher im BFD, laut BFD-Gesetz, die Möglichkeit bekommen sollen, an einem BFD-Beirat mitzuwirken, in dem verschiedene Akteure aus Zivilgesellschaft und Politik beteiligt sind. Wir als Bundessprecher hätten auch gerne solch eine Möglichkeit und betonten deshalb noch einmal unsere Forderung, zur Klausurtagung eingeladen zu werden.

→ Bernschneider war erstaunt. Da das Thema „Einladung der Bundessprecher“ auf die Tagesordnung der diesjährigen Tagung genommen wurde, sei er davon ausgegangen, es werde sich klären und man werde sich bei uns melden. Er habe sich beim BMFSFJ dafür eingesetzt, dass der Punkt auf die Tagesordnung der Sitzung aufgenommen wurde. Er werde für uns nachhaken.

- Pustebume

Zum Ende haben wir ihm die neue Ausgabe unserer FÖJ-Zeitung Pustebume übergeben und erklärt, wie wichtig wir es finden, die Vernetzung der FÖJler über unseren Blog und die Zeitung aufrecht zu erhalten, über unsere Tätigkeiten zu informieren und allen die Chance zu geben, sich einzubringen.